

## **Die Volksabstimmungen über den Verbleib bei Deutschland**

### **Ein Auszug aus dem Buch „Deutsche im östlichen Europa“ von W. Schirotzek**

Das Vierzehn-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson sah u. a. vor, dass der seit der dritten Teilung (1795) nicht mehr existente polnische Staat wieder errichtet werde und einen Zugang zur Ostsee erhalte. Schon vor Beginn der Friedenskonferenz hatten aufständische Polen die Macht in der Provinz Posen übernommen. Roman Dmowski, der Vorsitzende der polnischen Nationaldemokraten, forderte auf der Konferenz, dass Polen neben Posen auch ganz Ost- und Westpreußen, ganz Oberschlesien sowie Teile Niederschlesiens und Pommerns erhalte. Dank dem britischen Premierminister David Lloyd George fanden diese Forderungen nur in abgeschwächter Form Eingang in den Friedensvertrag. Dies sind die wichtigsten Bestimmungen zu deutschen Gebietsverlusten im Osten.

Die **Provinzen Posen und Westpreußen** waren fast vollständig an Polen abzutreten. Zur Zeit der Abtretung war in der Provinz Posen mehr als ein Drittel der Bevölkerung deutsch. In der Nähe der neu geschaffenen Reichsgrenze stellten Deutsche die Bevölkerungsmehrheit, der Anteil der Polen nahm mit der Entfernung von der Grenze zu. In Westpreußen waren zwei Drittel der Bevölkerung deutsch. Um Marienwerder (Westpreußen) und um Allenstein (Ostpreußen) war 1920 durch Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen zu entscheiden. Im Abstimmungsgebiet Allenstein entschieden sich fast 98 % der Wähler für den Verbleib im Deutschen Reich; das wurde akzeptiert. Im Abstimmungsgebiet Marienwerder stimmten fast 93 % für den Verbleib im Reich; dennoch wurden Teile des Gebiets Polen zugesprochen, der größere Teil wurde an Ostpreußen angegliedert und blieb so im Reich.

**Danzig** (mit fast rein deutscher Bevölkerung) wurde als Freie Stadt unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Polen erhielt das Zollrecht und die außenpolitische Vertretung der Stadt. Der Verlust Westpreußens und Danzigs hatte zur Folge, dass Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich durch den *polnischen Korridor* abgetrennt war.

Das **Memelland**, also der Teil Ostpreußens nördlich des Flusses Memel, wurde nach dem Versailler Vertrag ohne Volksabstimmung unter französische Verwaltung gestellt. Von den Bewohnern bezeichneten sich 72,5 % als Deutsche und 27,5 % als Litauer. Anfang 1923 fielen litauische Kämpfer in das Gebiet ein, was von den französischen Besatzungstruppen geduldet wurde. Litauen beanspruchte das Gebiet nun für sich, und ein Jahr später erkannte der Völkerbund die Annexion an...

In **Oberschlesien** sollten Volksabstimmungen über die künftige Zugehörigkeit entscheiden. Polen versuchte, zuvor vollendete Tatsachen zu schaffen und organisierte einen Aufstand im oberschlesischen Industriegebiet, der aber von noch vorhandenen Verbänden der Reichswehr niedergeschlagen wurde. Als die Niederlage Polens bei der Abstimmung in Ostpreußen bekannt wurde, unternahmen polnische Aktivisten in Oberschlesien einen zweiten Aufstand, der ebenfalls scheiterte.

Bei dem 1921 durchgeführten Referendum stimmten fast 60 % der Wähler für den Verbleib bei Deutschland. Nun beschlossen die Alliierten die Teilung Oberschlesiens. Der erneute Versuch Polens, ganz Oberschlesien zu besetzen, scheiterte am Widerstand deutscher Freikorps. (In Polen spricht man von den drei „schlesischen“ Aufständen. Diese Bezeichnung verschleiert die Tatsache, dass die Aufständischen nicht nur polnische Oberschlesier waren, sondern auch aus Zentralpolen eingeschleuste Kämpfer und Verbände der regulären polnischen Armee.) Bei der Teilung Oberschlesiens erhielt Polen zwar nur den kleineren östlichen Teil um Kattowitz, aber dort lagen 85 % der oberschlesischen Steinkohlevorkommen und 75 % aller Industrieanlagen. Die Teilung Oberschlesiens war für die deutsche Wirtschaft ein großer Verlust.